Geschäftsordnung

für den

Vorstand

der

Pensionskasse Berolina Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit

Stand 01. September 2011

§ 1 Zusammenwirken der Organe der Pensionskasse

Gemäß Satzung der Pensionskasse gibt es als Organe der Pensionskasse

die Mitgliederversammlung (§§ 10 und 11)

den Aufsichtsrat (§§ 12 bis 14)

und den Vorstand (§§ 15 bis 16)

Die Pensionskasse Berolina VVaG ist die Firmen-Pensionskasse der Unilever Deutschland Gruppe und als solche eine Sozial-Einrichtung. Der Grundgedanke der Parität ist in der Satzung verankert und stellt ein Grundprinzip für die Beaufsichtigung und Führung dieser Pensionskasse dar (§ 2).

Alle Organe der Pensionskasse arbeiten vertrauensvoll zusammen, um die satzungsgemäßen Aufgaben der Pensionskasse zum Wohle der Mitglieder und Versicherten wahrzunehmen.

§ 2 Vorstand

A. Aufgaben

Der Vorstand ist verantwortlich für den generellen Geschäftsbetrieb dieser Pensionskasse. Die Ausrichtung des Vorstands ist durch die mit dem Aufsichtsrat abgestimmten Richtlinien vorgegeben.

Die Aufgaben des Vorstands werden durch eine Ressortliste den einzelnen Vorstandsmitgliedern zugeordnet bzw. ist darin festgehalten, welche Aufgaben gemeinschaftlich wahrgenommen werden.

B. Besprechungen

Der Vorstand bespricht regelmäßig die grundsätzlichen Themen der Pensionskasse:

> Personalpunkte kollektiver und individueller Art

- > Organisationsfragen
- > Büro- und Administrationsfragen
- > IT Systeme
- > Risikomanagement
- > Aktuelle Ertragssituation
- > Rechnungswesen und Zahlstelle
- > Kapitalanlage
- > Versicherungsmathematische Situation
- > Rechtsgrundlagen
- > Offene Punkte mit der Aufsichtsbehörde
- > Abstimmungsfragen mit den Trägerunternehmen
- > Mitgliederbetreuung

Der Vorstands-Entscheidungen müssen einheitlich erfolgen. In strittigen Fällen wird der Aufsichtsrat um Begleitung zur Entscheidungsfindung herangezogen.

Wenn im Umgang mit beabsichtigten Änderungen der Versicherungsbedingungen mit anderen Organen Unstimmigkeiten bestehen, wird der Vorstand auf etwaige Entscheidungen verzichten und Beschlüsse dazu der Mitgliederversammlung überlassen.

Die Einholung der aufsichtsrechtlichen Genehmigung der Änderungen oder Anpassungen obliegt dem Vorstand. Dieser hat den Aufsichtsrat zeitnah über die Ergebnisse zu informieren.

C. Durchführung der Aufgaben

Der Vorstand bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgaben der Mitarbeiter der Pensionskasse sowie der Mitarbeit von Fach-Ausschüssen.

D. Fach-Ausschüsse

Es werden Fach-Ausschüsse zu folgenden Themen-Bereichen gebildet:

- > Kapitalanlage Ausschuss (ggf. je Sicherungsvermögen)
- > Versicherungsmathematischer Ausschuss

> Rechts- und Personal Ausschuss

Der paritätische Einfluss innerhalb dieser Fach-Ausschüsse wird dadurch sichergestellt, dass die A-Seite bzw. B- und C-Seite der Mitglieder jeweils zwei Vertreter in diese Ausschüsse entsenden, die mit dem Vorstand zusammenarbeiten.

Die Mitglieder werden jeweils für eine Wahl-Periode des Aufsichtsrats getrennt nach Mitglieder-Gruppen durch den Aufsichtsrat bestimmt. Es kann auch jeweils ein Ersatzmitglied bestimmt werden.

Diese Fach-Ausschüsse beraten in regelmäßigen Abständen im Wege einer Sitzung oder einer Telefonkonferenz. Dabei werden alle für diesen Bereich erheblichen Belange besprochen. Der Vorstand wird einen Vorschlag zur Beratungs-Häufigkeit und eine Entscheidungs-Matrix vorschlagen, aus der die Kompetenz-Reichweite dieser Fach-Ausschüsse hervor gehen. Der Aufsichtsrat wird diesen Vorschlag im Rahmen einer Abstimmung verabschieden.

Die Fach-Ausschüsse können nur einheitlich Entscheidungen treffen, es gibt keine Mehrheitsentscheidungen. Bei unterschiedlichen Ansichten, insbesondere auch bei unterschiedlichen Ansichten zur Auslegung einer Entscheidungs-Matrix, ist der Aufsichtsrat zu informieren.

Zur letzten Aufsichtsratssitzung des Jahres werden die Vertreter der Fachausschüsse eingeladen, um über ihre Beratungen zu informieren.

Es können bei Bedarf auch Fach-Ausschüsse zu weiteren oder spezielleren Themen-Bereichen begründet werden. Die Befugnisse der Organe werden durch die Fach-Ausschüsse nicht eingeschränkt.

§ 5 Form und Inkrafttreten

Die Geschäftsordnung tritt durch Beschluss des Aufsichtsrats mit Wirkung zum 01. September 2011 in Kraft. Sie kann durch den Aufsichtsrat verändert werden, sofern dadurch keine Rechte der Mitgliederversammlung beschnitten werden.

Hamburg, den 08. November 2011

für die A-Gruppe des Aufsichtsrats

für die B-Gruppe des Aufsichtsrats

Anlage – Auszug aus der aktuellen Satzung der Pensionskasse Berolina VVaG

Anlage – Ressortliste des Vorstands

Anlage – Entscheidungs-Matrizes der Fach-Ausschüsse

Auszug Satzung

§ 13 Aufgaben des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. **Überwachung der Geschäftsführung des Vorstands der Pensionskasse sowie der Einhaltung der Geschäftsordnung durch den Vorstand.**
2. Prüfung des Jahresabschlusses, des Lageberichts und des Vorschlags für die Verwendung des Jahresüberschusses oder der Deckung des Jahresfehlbetrages sowie der Unterrichtung der Mitgliederversammlung dazu.
3. Unterrichtung der Mitgliederversammlung über das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses.
4. Bestellung, Abberufung des Vorstands sowie Abschluss der diesbezüglichen Anstellungsverträge.
5. Bestellung und Abberufung des Verantwortlichen Aktuars.
6. Bestellung der Abschlussprüfer.
7. Bestellung des Treuhänders für das Sicherungsvermögen sowie dessen Stellvertreter.
8. Zustimmung zu Änderungen der Versicherungsbedingungen dieser Pensionskasse (VBP), die durch den Vorstand beschlossen werden.

Ressort – Verteilung des Vorstandes

der Pensionskasse Berolina VVaG (Stand Oktober 2018)

Karl-Peter Bertzel

- ⇒ Risikomanagement
- ⇒ Rechnungswesen
- ⇒ Kapitalanlagen-Administration
- ⇒ Reporting / Controlling

Michael Hahn

- ⇒ Recht
- ⇒ Service Abteilung für Versicherte und Pensionäre (Betreuung und Zahlstelle)
- ⇒ Kapitalanlagen inklusive Immobilienverwaltung
- ⇒ Einkauf

Daniel Stockem

- ⇒ Verantwortlicher Aktuar
- ⇒ Versicherungsmathematik
- ⇒ IT

Gemeinsame Verantwortung

- ⇒ Personal

Vertretung Karl-Peter Bertzel durch Daniel Stockem
Vertretung Michael Hahn durch Daniel Stockem
Vertretung Daniel Stockem durch Michael Hahn

Vertretung erfolgt nur durch entsprechende Mitteilung des zu Vertretenden in den Fällen, wo eine Verschiebung nicht erfolgen kann und eine Vertretung erforderlich ist.

Entscheidungsmatrix für den Bereich Recht- und Personal

		MV	AR	Vorstand	Fachausschuss	Betriebsrat
1. Recht						
Änderung der	Satzung	Entscheidung	Information	Erarbeitung	Beratung	
	Versicherungsbedingungen	Information	Zustimmung	Entscheidung	Beratung	
	Geschäftsordnung AR	Entscheidung	Information	Erarbeitung	Beratung	
	Geschäftsordnung Vorstand		Entscheidung	Erarbeitung	Beratung	
2. Personal						
Kollektive Regelungen	Tarifzugehörigkeit		Information	Entscheidung	Beratung	Information
	Betriebsvereinbarungen			Entscheidung		Entscheidung
	Personalstrategie		Information	Entscheidung	Beratung	Information
	Funktions-Auslagerungen		Zustimmung	Entscheidung	Beratung	Anhörung
	Personalplanung		Information	Entscheidung	Beratung	Information
Individuelle Regelungen	Muster Arbeitsverträge			Entscheidung		
	Einzelfall - Entscheidungen			Entscheidung	Information	Anhörung

Entscheidungsmatrix für den Bereich Aktuariat

Auszug aus § 11a des Versicherungsaufsichtsgesetzes VAG:

(2b) Der Verantwortliche Aktuar hat an der Sitzung des Aufsichtsrats über die Feststellung des Jahresabschlusses teilzunehmen und über die wesentlichen Ergebnisse ... zu berichten.

(3) Dem Verantwortlichen Aktuar obliegen die folgenden Aufgaben:

1. Es ist sicherzustellen, dass bei der Berechnung der Prämien und der Deckungsrückstellung die Grundsätze des § 11 VAG und der aufgrund des § 65 Abs. 1 erlassenen Rechtsverordnungen sowie die des § 341f des Handelsgesetzbuches eingehalten werden. Dabei muss er die Finanzlage des Unternehmens insbesondere daraufhin überprüfen, ob die **dauernde Erfüllbarkeit** der sich aus den Versicherungsverträgen ergebenden Verpflichtungen jederzeit gewährleistet ist und das Unternehmen über ausreichende Mittel in Höherer Solvabilitätsspanne verfügt.
3. Sobald er ... erkennt, dass er ... die Bestätigung ... nicht oder nur mit Einschränkung wird abgeben können, hat er den Vorstand, und wenn dieser der Beanstandung nicht unverzüglich abhilft, sofort die Aufsichtsbehörde zu unterrichten; stellt er ... Tatsachen fest, die den Bestand des Unternehmens gefährden ... können, hat er den Vorstand und die Aufsichtsbehörde unverzüglich zu unterrichten.
4. Für Versicherungsverträge mit Anspruch auf **Überschussbeteiligung** hat er dem Vorstand **Vorschläge** für eine angemessene Beteiligung am Überschuss vorzulegen.

(4) Der Vorstand des Unternehmens ist verpflichtet, ... der Aufsichtsbehörde mitzuteilen, wenn er beabsichtigt, eine vom Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars abweichende **Überschussbeteiligung** festzusetzen. Die Gründe ... sind ... schriftlich mitzuteilen.

G Genehmigung U Unbedenklichkeitserklärung E Entscheidung P Prüfung / Abstimmung V Vorschlag I Information	Gremien				
	Aufsichtsrat	VM-Ausschuss	Vorstand	MV	BaFin
Versicherungstechnisches Gutachten, Satzung § 19 A (2) *	I	I	I		P
Ermittlung der Deckungsrückstellung					
Überprüfung der Solvabilität					
Aufbau / Auflösung der Verlustrücklage, Satzung § 19 C				E	G
Wesentliche Gewinn- und Verlustquellen					
Überprüfung der Rechnungsgrundlagen (Zins, Biometrie, Kosten)					
Vorschlag über angemessene Beteiligung am Überschuss, Satzung § 19 E	P		V	E	U
Vorschlag über Rückzahlungen von Garantieleistungen von Trägerunternehmen, Satzung § 19 F (2)	P		V	E	U
Vorschlag Ausschüttung von Bewertungsreserven, Satzung § 19 G	P		V	E	U
ggf. Umgang mit Jahresfehlbetrag, Satzung § 19 F	P		V	E	U
ggf. Vorschlag im Rahmen der Sanierungsklausel, Satzung § 19 F (5)				E	G
Technischer Geschäftsplan *	I	I	I		G
Festlegung / Änderung der biometrischen Rechnungsgrundlagen					
Festlegung des Rechnungszinses					
Änderung des Tarifs (Bestandteil der VbP)	E (Zustimmung)		E (Beschluss)		
Festlegung des Finanzierungsverfahrens					
Verfahren zur Berechnung der Deckungsrückstellung					
Verfahren zur Beteiligung an den Bewertungsreserven					
Regelung des technischen Vorgehens in Bezug auf die VbP speziell beim Versorgungsausgleich, VbP § 8 C und bei der Einzelfalklausel, VbP § 8 D					
Gesundheitsprüfung *			E		
Anhörung des Verantwortlichen Aktuars					

* Die zu den Bereichen "Versicherungstechnisches Gutachten", "Technischer Geschäftsplan" und "Gesundheitsprüfung" aufgeführten Regeln beziehen sich generell auf alle unter dieser Überschrift angegebenen Unterpunkte, wenn hierfür nicht explizit ein abweichender Eintrag vorliegt.

Satzung / Versicherungsbedingungen (VbP) Stand 2011

Entscheidungsmatrix für den Bereich Kapitalanlagen

14.01.2015

E Entscheidungsgremium			Aufsichtsrat	Anlageaus- schuss	Berolina Vorstand	Vorstand für das Ressort FO
I	wird informiert im Rahmen der nächsten Aufsichtsrats-/ AA Sitzung					
Auszug Satzung der Pensionskasse Berolina VVaG: § 13 Aufgaben des Aufsichtsrats Der Aufsichtsrat hat insbesondere folgende Aufgaben: Überwachung der Geschäftsführung des Vorstands der Pensionskasse. Ferner überwacht der Aufsichtsrat auch die Einhaltung der Geschäftsordnung durch den Vorstand. Auszug Geschäftsordnung des Vorstands der Pensionskasse Berolina VVaG: § 2 Vorstand A. Aufgaben Der Vorstand ist verantwortlich für den generellen Geschäftsbetrieb dieser Pensionskasse. Die Ausrichtung des Vorstands ist durch die mit dem Aufsichtsrat abgestimmten Richtlinien vorgegeben. Beide Vorschriften implizieren, dass der Aufsichtsrat die strategische Ausrichtung der Kapitalanlage beeinflusst bzw. bestimmt						
1. Anlagepolitik						
	Festlegung der Richtlinien der Anlagepolitik		I	I		E
	Änderungen in den Richtlinien der Anlagepolitik für folgende Inhalte					
	Festlegung der strategischen Asset Allokation		I	I		E
	Entscheidung über zulässige Asset-Klassen		I	I		E
	Internes oder externes Management von Assets oder Assetklassen		I	I		E
	Kauf und Verkauf von Grundstücken		I	I		E
	Änderung des Verfahrens für die Festlegung der Darlehensbedingungen		I	I		E
	Änderungen in der "Richtlinie für Vorkäufe, für derivative Finanzinstrumente und		I	I		E
2. operationale Anlageentscheidungen						
Ergebnissteuerung						
	Genehmigung des jährlichen Investitionsplans		I			E
	Ausschüttungen bei Spezialfondsmandaten		I			E
	Wiederanlage von Ausschüttungen		I			E
Management der Investments						
	Festlegung der Anlagerichtlinien und Restriktionen für Fonds			I		E
	Käufe/Verkäufe von Fondsanteilen			I		E
	Neuaufgabe/Schließung eines Mandats innerhalb der strategisch vorgegebenen Asset Allokation		I			E
	Wechsel eines Fondsmanagers		I			E
	Bestimmung aktives / passives Mandat		I			E
	Genehmigung der Rentenplanungen des internen Managements					E
	Festlegung des Darlehen-Zinssatzes im Rahmen des festgelegten Verfahrens				I	E
	Rebalancing Aktien/Renten	innerhalb Anl.richtlinie Spanne		I		E
	Rebalancing Aktien/Renten	außerhalb Anl.richtlinie Spanne	I			E
	Kontrahentenliste für Zinstitel, Termingelder und Fondsanteile					E
	Verhandlung von Mandatsgebühren			I		E
	Auswahl KVG		I	I		E
	Auswahl Verwahrstelle		I	I		E
	Grundsätzliche Festlegung über Einsatz von Absicherungsinstrumenten			I		E
	Einsatz von Absicherungsinstrumenten			I		E